PROTOKOLL DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG
VOM DONNERSTAG, 17. SEPTEMBER 2020, 20.00 UHR,
IN DER WEHRLINHALLE

- Traktanden:
1. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2020
 2. Vertrag Versorgungsregion Betreuung, Pflege und Alter Leimental
 3. Totalrevision FEB-Reglement
 4. Informationen aus dem Gemeinderat
 5. Diverses
-

Hanspeter Ryser, Gemeindepräsident (Versammlungsleiter), eröffnet die Gemeindeversammlung und begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Namen des Gemeinderates zur heutigen Gemeindeversammlung. Es ist die zweite unter Coronabedingungen, so dass auch dieses Mal entsprechende Schutzmassnahmen nötig sind. Diese waren bereits in der Einladung aufgeführt; auf einige weist der Versammlungsleiter nochmals gesondert hin:

- Der nötige Abstand ist einzuhalten.
- Wer gefährdet ist, soll eine Schutzmaske tragen.
- Die Bürger sollen am Platz sitzenbleiben. Für Wortmeldungen wird das Mikrofon gebracht. Dieses soll nicht berührt werden.
- Die Anwesenden sind in unterschiedlichen Sektoren platziert, die untereinander den nötigen Sicherheitsabstand haben. Am Ende der Versammlung müssen die Anwesenden den Veranstaltungsraum sektorenweise verlassen.
- Die Hände sind beim Ausgang zu desinfizieren oder zu waschen.

Die nichtstimmberechtigten Anwesenden werden gebeten, vorne rechts Platz zu nehmen; sie dürfen das Wort nicht ergreifen.

Der Gemeindepräsident weist darauf hin, dass die Versammlung elektronisch aufgezeichnet wird; dies erleichtert die Dokumentation. Einwände gegen die Aufzeichnung werden nicht erhoben.

Er stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erstellt und versendet wurde.

Als Stimmzähler werden Irma Licina (Block 1), Ursula Alessio (Block 2) und Nicole Meier (Block 3) bestimmt. Sie alle gehören dem Wahlbüro der Gemeinde an.

Der Präsident bittet, allfällige Einwände gegen die Geschäftsführung sofort, spätestens nach Abschluss des betreffenden Traktandums, zu melden. Der Präsident fragt, ob Einwände gegen die Traktandenliste bestehen. Dies ist nicht der Fall. Somit wird gemäss Traktandenliste vorgegangen.

Traktandum 1: Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2020

10

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser weist darauf hin, dass eine Kurzfassung des Protokolls in der Einladung zur heutigen Gemeindeversammlung abgedruckt ist. Die detaillierte Fassung ist über die Gemeindeverwaltung zu beziehen.

Es gibt keine Wortbegehren zum Protokoll.

A B S T I M M U N G

Einstimmig wird beschlossen:

://: DAS PROTOKOLL DER GEMEINDEVERSAMMLUNG VOM 18. JUNI 2020 WIRD GENEHMIGT.

11 Traktandum 2: Vertrag Versorgungsregion Betreuung, Pflege und Alter
Leimental

Hanspeter Ryser erläutert die vorgesehene Behandlungsweise des Geschäfts: Orientierung durch den zuständigen Gemeinderat, Stellungnahme der Gemeindegemeinschaft, Diskussion, Beschlussfassung.

Gemeinderätin Rita Schaffter übernimmt die Orientierung im Namen des Gemeinderats. Zur Ausgangslage erklärt sie Folgendes: Zum 1. Januar 2018 ist das neue Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (APG) in Kraft getreten. Es verpflichtet die Gemeinden dazu, sich zu sogenannten Versorgungsregionen zusammenzuschliessen, um die Altersversorgung in Zukunft gemeinsam zu regeln. Vor diesem Hintergrund werden sich die Gemeinden Biel-Benken, Bottmingen, Ettingen, Oberwil und Therwil zur Versorgungsregion «Betreuung, Pflege und Alter im Leimental» zusammenschliessen. Um den Aufgaben nachzukommen, müssen die Versorgungsregionen unter anderem eine Informations- und Beratungsstelle einrichten. Ein wichtiger Punkt dabei: Die Informations- und Beratungsstelle muss unabhängig von den Leistungserbringern geführt werden.

Zu den Zielen führt Gemeinderätin Schaffter Folgendes aus: Die Schaffung der Versorgungsregion ist ein langfristig angelegtes Projekt. Künftig soll nicht mehr jede Gemeinde für sich selbst überlegen, welche Angebote und Leistungserbringer es im Alters-, Betreuungs-, Pflege- und Gesundheitssektor geben soll. Stattdessen sollen diese Themen in grösserem Massstab koordiniert werden. Auf diese Weise muss nicht mehr jede Gemeinde jedes Angebot selbst vorhalten; stattdessen kann man Angebote bündeln und auf Synergieeffekte setzen. Auch die Leistungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern sollen vereinheitlicht werden.

Grosses Ziel ist es, im Leimental mit seinen über 35'000 Einwohnerinnen und Einwohnern einen bis ins hohe Alter qualitativ hochwertigen Lebensraum für die Bevölkerung zu schaffen.

Dem Vertragstext, der heute zur Genehmigung durch die Gemeindeversammlung vorliegt, ging ein umfangreicher Abstimmungsprozess voraus. Es gab eine Steuerungsgruppe, in der aus jeder Gemeinde ein Gemeinderat oder eine Gemeinderätin vertreten war. Daneben gab es eine Arbeitsgruppe, bestehend aus einem Mitarbeiter/einer Mitarbeiterin je Gemeinde. Diese Gremien haben über viele Monate hinweg gearbeitet und diskutiert,

um sich zusammenzufinden und einen gemeinsamen Weg zu ebnen. Im Rahmen von Vernehmlassungen hatten Parteien und Leistungserbringer die Möglichkeit, sich zu äussern; es gab zwei Informationsveranstaltungen – eine für die Parteien und Leistungserbringer, eine für die Bevölkerung – und es gab eine Vorprüfung durch den Kanton.

Das Beteiligungs- und Informationsverfahren hat es ein grosses Echo hervorgerufen, es gab viele Reaktionen auf die Vernehmlassung. Manche der dabei vorgebrachten Aspekte konnten direkt in den Vertragstext eingearbeitet werden, manches wiederum konnte nicht berücksichtigt werden. Grosses Augenmerk wurde natürlich auf die Änderungswünsche des Kantons gelegt.

Daneben gab es viele Anregungen, die nicht direkt für den Vertragstext wichtig waren, sondern für die konkrete Ausgestaltung der künftigen Versorgungsregion. So haben viele Menschen ihre Vorstellungen zur Ausgestaltung der Informationsstelle formuliert, beispielsweise mit Blick auf Öffnungszeiten oder Barrierefreiheit – das also, was die Bevölkerung direkt betrifft. All diese Wünsche und Anregungen wurden gesammelt und sollen nun bei der weiteren Bearbeitung des Themas eine wichtige Rolle spielen und nach Möglichkeit umgesetzt werden.

Nun ein wenig Statistik zur Bevölkerungsentwicklung; als Quelle dient die Kantonale Bevölkerungsstatistik des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Landschaft:

Bevölkerung und Altersprognose der Betagten (65+) und Hochbetagten (80+)								
	Bestand				Prognose			Prognostizierte Zunahme in % gegenüber 2018
	2018	2030	2040	2050	2030	2040	2050	
Wohlbevölkerung total	289'352	306'101	314'804	318'167	5.79%	8.80%	9.96%	
davon	Betagte (65+)							
Ganzer Kanton	63'234	79'381	89'139	93'224	25.5%	41.0%	47.4%	
Leimental	8'449	10'299	11'507	12'048	21.9%	36.2%	42.6%	
	Hochbetagte (80+)							
Ganzer Kanton	18'399	26'770	32'630	40'783	27.0%	58.3%	121.7%	
Leimental	2'421	3'613	4'153	5'260	49.2%	71.5%	117.3%	

Quelle: Kantonale Bevölkerungsstatistik, Altersprojektion 2014 - Statistisches Amt
Gemeinde Oberwil

Seite 9

Dieser Prognose zufolge wird die Zahl der Betagten (65 Jahre und älter) im Leimental bis 2050 um etwa 43 Prozent anwachsen, von 8449 in 2018 auf 12'048 in 2050. Die Zahl der Hochbetagten (80 Jahre und älter) wird sich mehr als verdoppeln (+117,3%), von 2421 in 2018 auf 5260 in 2050.

Für das für die nächsten 30 Jahre prognostizierte Wachstum der Höheraltrigen ist die Generation der «Babyboomer» verantwortlich. Danach folgen wieder schwächere Geburtenjahrgänge; Mitte des Jahrhunderts wird die Kurve daher wieder abflachen. Für die kommenden Jahrzehnte aber gilt erst einmal: Mehr Leute werden älter. Eben das ist denn auch ein wichtiger Grund für die Schaffung der Versorgungsregionen: Durch Synergieeffekte sollen sie dafür sorgen, die verschiedenen Bedarfe mit einem möglichst guten Angebot abzudecken.

Was sind die Aufgaben der Versorgungsregion, wenn sie erst einmal gebildet ist? Das Herzstück des ganzen Projektes ist die Erstellung eines Versorgungskonzeptes. Hier wird festgelegt, welche Angebote es geben wird, was sie kosten und wer sie übernimmt. Auf Grundlage dieses Versorgungskonzeptes wird man mit den Leistungserbringern neue Leistungsvereinbarungen abschliessen.

Besonders wichtig für die Bevölkerung – für die Älteren selbst wie für die Angehörigen – wird die Informations- und Beratungsstelle sein: Das ist die Einrichtung, die direkt für die Bevölkerung da ist, die Informationen zu Themen wie Alter und Gesundheit parat hält.

Ganz neu sind die Beratung und Bedarfsabklärung, die das Gesetz vorschreibt. Für diese Aufgabe muss die Versorgungsregion eine Pflegefachperson anstellen. Diese Form der Bedarfsabklärung ist nicht zu verwechseln mit der hergebrachten Bedarfsabklärung, mit der etwa beim Eintritt in ein Pflegeheim die Pflegestufe festgelegt wird. Für die Bedarfsabklärung im Rahmen des Versorgungskonzeptes wird geschaut, welche Angebote man den Menschen für ihren Alltag zu Hause organisieren kann, um das zu ermöglichen, was von älteren Menschen stets als grösster Wunsch formuliert wird: Möglichst lange daheim zu bleiben.

Weitere Aufgabe der Informations- und Beratungsstelle wird die Vermittlung von geeigneten Angeboten sein. Darüber hinaus könnten die Gemeinden der Informations- und Beratungsstelle zusätzliche Aufgaben zuweisen. Hier ist beispielsweise an die Unterstützung in administrativen Angelegenheiten zu denken: Jede Gemeindeverwaltung hat ziemlich viel administrativen Aufwand in Zusammenhang mit Abrechnungen von Pflegekosten, von Zusatzbeträge zu Ergänzungsleistungen und Ähnlichem. Hier ist vorstellbar, dass diese Aufgaben auf die Informations- und Beratungsstelle übertragen werden, die dann über die Bearbeitung vieler Fälle aus diesem Bereich die für eine zügige Abwicklung nötige Routine entwickelt.

In der heutigen Versammlung geht es aber erst einmal vor allem um den Vertrag über die Versorgungsregion, den Gemeinderätin Schaffter nun in seinen Grundzügen vorstellt.

Das kantonale Gesetz sieht verschiedene Möglichkeiten vor, wie sich die Gemeinden rechtlich zu Versorgungsregionen zusammenschliessen können. Das Leimental hat sich für die Vertragslösung entschieden. Dieser Vertrag regelt die formalen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit der Gemeinden und ist Voraussetzung für die Bildung der Versorgungsregion. Inhaltlich bietet er nicht viel Spannendes; er bildet allerdings den Rahmen, innerhalb dem die materiellen Themen angegangen werden können. Zu diese materiellen Themen im Folgenden einige Details.

Organisation: Ähnlich einem Verein wird es eine Delegiertenversammlung als strategisches Organ der Versorgungsregion geben. Sie setzt sich aus Delegierten aus den einzelnen Gemeinden zusammen. Das Stimmverhältnis wurde analog zur Regelung für die Region Leimental Plus festgelegt: Bis 10'000 Einwohner gibt es eine Stimme, bis 20'000 gibt es zwei, bei mehr als 20'000 Einwohnern drei. Das bedeutet konkret, dass die Nachbargemeinden jeweils eine Stimme haben werden; Oberwil mit seinen mehr als 10'000 Einwohnern wird zwei Stimmen haben.

Ein wichtiger Punkt: Der Vertrag schliesst aus, dass jemand Mitglied in der Delegiertenversammlung der Versorgungsregion ist und gleichzeitig eine Organstellung bei einem Leistungserbringer hat oder dort arbeitet. In einem solchen Fall nämlich wäre der Betreffende gleichzeitig dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer verpflichtet – eine Konstellation, die Interessenkonflikte mit sich bringen würde. Hier sollen die Verantwortlichkeiten künftig entflochten und sauber getrennt werden. Ein Beispiel: Wenn sich jemand in die Delegiertenversammlung wählen lassen würde, müsste er einen etwaigen Sitz im Stiftungsrat eines Pflegeheimes oder im Spitex-Vorstand aufgeben.

Aufgaben und Kompetenzen der Delegiertenversammlung werden dadurch definiert, was APG und APV den Versorgungsregionen auftragen: Strategische Ausrichtung der Versorgungsregion, Verabschiedung des Budgets, Anstellung der Fachstellenleitung, Erarbeitung des Versorgungskonzeptes, Abschluss von Leistungsvereinbarungen sowie Ausschluss und Aufnahme von Gemeinden mit Änderungen des Vertrages (dies zusammen mit den Gemeinderäten). Der letzte Punkt soll für die Versorgungsregion Leimental direkt Anwendung finden: Wenn die Versorgungsregion nämlich erst einmal steht, soll die Gemeinde Burg im Leimental beitreten; ein Gemeinderat aus Burg ist heute denn auch in der Gemeindeversammlung anwesend.

Die Beschlussfassung in der Delegiertenversammlung erfolgt grundsätzlich mit einfachem Mehr. Nach langen Diskussionen ist man allerdings zum Schluss gekommen, dass für den Abschluss des Versorgungskonzepts und der Leistungsvereinbarungen Einstimmigkeit nötig ist. Dies sind die Herzstücke des Projektes und es ist einfach wichtig, dass in diesen Bereichen so lange diskutiert wird, bis man sich einig ist. Andernfalls könnte eine Gemeinde in diesen Kernpunkten überstimmt werden und wäre dann bei einem Projekt dabei, mit dem sie von Anfang an nicht recht einverstanden ist. Auch für die Aufnahme neuer Gemeinden und Änderungen des Vertrages ist ein einstimmiger Beschluss nötig.

Die Fachstelle Betreuung, Pflege und Alter ist das operative Organ. Sie wird von Angestellten geführt und übernimmt die Gesamtadministration der Versorgungsregion. Der Fachstelle angegliedert ist die Informations- und Beratungsstelle (IBS). Das ist die Stelle, die für die Anliegen der Bevölkerung zuständig ist, wo es Informationen, Abklärungen und Beratung gibt.

Wie wird das Ganze finanziert? Alle Mitgliedsgemeinden tragen die Kosten der Fachstelle gemeinsam. In Sachen Kostenschlüssel wurde wiederum die Regelung aus der Region Leimental Plus übernommen: Die Kosten werden im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen verteilt. Anders ist die Regelung bei den Leistungsvereinbarungen: Hier werden separate Kostenschlüssel ausgearbeitet. Hintergrund ist, dass einzelne Gemeinden die eine oder andere Leistung womöglich nicht in Anspruch nehmen möchten; für diesen Fall soll eine gewisse Flexibilität möglich sein. Sollte es Einnahmen geben, werden diese nach demselben Schlüssel verteilt.

Stichwort Kontrolle: Die Rechnungsprüfung soll an eine externe qualifizierte Stelle vergeben werden, da die Versorgungsregion doch ein komplexes Gebilde sein wird, mit vielen Gemeinden und grossen Geldsummen, die da bewegt werden. Die Geschäftsprüfung erfolgt durch die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommissionen der Gemeinden, denn diese kann man qua Gesetz nicht extern vergeben.

Die Kosten sind zwar nicht Inhalt des Vertrages (dieser regelt ja nur die Zusammenarbeit), gleichwohl will Gemeinderätin Rita Schaffter den Anwesenden eine gewisse Ahnung von der finanziellen Grössenordnung des Projektes geben. Dabei sind die Kosten nur ganz grob geschätzt, basierend auf dem aktuellen Projektstand und auf Erfahrungswerten.

Die Betriebskosten fürs kommende Jahr werden noch etwas niedriger ausfallen als später, da die Fachstelle voraussichtlich erst im Laufe des Frühjahrs eingerichtet wird und Lohn- und Mietkosten somit lediglich für sieben,

acht Monate fällig werden. Dafür fallen im ersten Jahr einmalige Kosten für die Einrichtung der Fachstelle (Büroeinrichtung, EDV etc.) an. Insgesamt rechnet man für das erste Jahr (2021) mit Kosten von etwa 405'000 Franken. Davon trägt Oberwil entsprechend dem Bevölkerungsanteil etwa 30 Prozent/123'000 Franken.

Ab 2022 werden dann für Miete und Personalkosten wiederkehrende Betriebskosten von geschätzt 458'000 Franken fällig. Der Anteil Oberwils würde dann bei etwa 140'000 Franken liegen.

Die Fachstelle soll mit 340 Stellenprozenten ausgestattet sein. Diese Stellenprozente sollen auf vier Personen verteilt werden – auch, um im Sinne der Bevölkerung möglichst umfassende Öffnungs- und Telefonzeiten anbieten zu können. Benötigt werden eine Leitung, eine Pflegefachperson, eine Sozialarbeiterin/ein Sozialarbeiter und eine Person für die Administration.

Wie geht es weiter mit dem Vertrag? Aktuell werden die Verträge den Gemeindeversammlungen zur Genehmigung vorgelegt. Sofern alle den Vertrag genehmigen, wird dieser auf den 1. Dezember 2020 in Kraft treten. Dann kann man sofort die Delegiertenversammlung einberufen, die eigentlich direkt am 2. Dezember ihre erste Sitzung abhalten kann und dann auch zügig vorwärtsschaffen muss: Beschlüsse über Standorte und Räume müssen gefasst werden, die Fachstellen-Leitung und das weitere Personal sind auszuschreiben, das Versorgungskonzept muss erarbeitet und die Leistungsvereinbarungen aufgesetzt werden. Das wird selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit den grossen Leistungserbringern geschehen, mit denen es bereits einen intensiven Austausch gibt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über den weiteren Zeitplan:

Zeitraum	Aktivitäten
ab Ende 2020	Suche nach Leitungsperson und Personal
ab Frühjahr 2021	Beginn Aufbau der Fachstelle und IBS
Frühjahr – Herbst 2021	Übergabe des Projekts an die operative Leitung der Versorgungsregion / Fachstelle
ab Sommer 2021 (vorgesehen: 1. Juni 2021)	Beginn der praktischen Arbeiten der Fachstelle und IBS
Ab Sommer 2021	Gespräche und Verhandlungen mit den Leistungserbringern in der Region

Versammlungsleiter Hanspeter Ryser ergänzt die Ausführungen von Gemeinderätin Rita Schaffter um die Aufzählung der künftigen Mitgliedsgemeinden der Versorgungsregion Leimental: Biel-Benken, Bottmingen, Ettin-

gen, Oberwil und Therwil; Burg Leimental tritt eventuell später bei. Dies entspricht nicht ganz der Region Leimental plus, denn Allschwil, Binningen und Schönenbuch bilden eine eigene Versorgungsregion.

Für die Gemeindekommission orientiert Felix Lopez. Gemeinderätin Rita Schaffter hat der Gemeindekommission in der Sitzung am 11. März 2020 einerseits den neuen Leiter Soziales, Gesundheit, Alter, Christian Spieler, und andererseits den vorliegenden Vertrag vorgestellt und dabei sämtliche Fragen der Kommissionsmitglieder kompetent beantwortet hat. Das weitergehende Informationsbedürfnis der Kommissionsmitglieder wurde per Email zur vollsten Zufriedenheit gestillt. Entsprechend empfiehlt die Gemeindekommission der Einwohnergemeindeversammlung einstimmig, dem Vertrag über die Versorgungsregion Betreuung, Pflege und Alter Leimental zuzustimmen.

Eintretensdiskussion

Es gibt keine Wortbegehren. Damit ist das Eintreten stillschweigend beschlossen.

Diskussion

Ingrid Vonow fragt, wie viele Fachstellen es im Leimental geben wird; bekommt Oberwil beispielsweise eine eigene Fachstelle?

Gemeinderätin Rita Schaffter stellt klar, dass es gerade die Idee der Versorgungsregion ist, eine gemeinsame Fachstelle einzurichten. Der Standort soll möglichst gut erreichbar zentral im Tal liegen; wo genau, wird aktuell diskutiert. Allerdings wird durchaus überlegt, wie man auch die anderen Gemeinden bedienen kann – indem die Zuständigen beispielsweise in einer mobilen Sprechstunde tageweise auch an anderen Orten präsent sind.

ABSTIMMUNG

Einstimmig wird beschlossen:

**://: DEM VERTRAG ÜBER DIE VERSORGUNGSREGION BETREU-
UNG, PFLEGE UND ALTER LEIMENTAL WIRD ZUGESTIMMT.**

Die Orientierung übernimmt Gemeinderätin Regula Messerli. Dabei geht sie auf die gesetzlichen Grundlagen, die Gründe für die Totalrevision, auf Spielgruppen im Generellen und das Pilotprojekt sprachliche Frühförderung im Besonderen ein. Schliesslich werden die wichtigsten Änderungen im Reglement erläutert.

Die gesetzlichen Grundlagen finden sich im Gesetz über die familienergänzende Betreuung (FEB-Gesetz) des Kantons Basel-Landschaft, im Bildungsgesetz und im interkantonalen Harmos-Konkordat. Die Gemeinden sind durch diese Papiere verpflichtet, den Bedarf an familienergänzender Tagesbetreuung abzuklären und, sofern Bedarf besteht, ein Angebot sicherzustellen. In Oberwil ist der Bedarf unbestritten vorhanden. Das sieht man an vollen Kindertagesstätten, an den vielen Kindern, die in Tagesfamilien betreut werden, und an den zahlreichen Kindern, die den Mittagstisch und die Tagesstrukturen besuchen.

Mit der Totalrevision des FEB-Reglements sollen verbesserte Rahmenbedingungen für den Frühbereich geschaffen werden. Grundsätzlich überdacht wurde die Beitragsberechnung; in diesem Zusammenhang wurde auch über die Einkommensobergrenze diskutiert. Schliesslich gibt es neu eine Verordnung, die das Reglement um Ausführungsbestimmungen ergänzt.

Ein wichtiger Grund für die Totalrevision ist, dass der Gemeinderat neu den Besuch von Spielgruppen mit einkommens- und vermögensabhängigen Beiträgen subventionieren und ins FEB-Reglement aufnehmen will.

Warum ist die Spielgruppe so wichtig? Nicht alle Kinder besuchen eine Kita oder begegnen anderswo regelmässig anderen Kindern. Für viele Kinder ist die Spielgruppe das erste Mal, dass sie sich für einige Stunden von ihren Bezugspersonen lösen und sich ganz allein in einer Kleingruppe bewegen. Dabei lernen sie im sozialen Bereich eine Menge. Natürlich spielen, basteln, tanzen, und singen sie auch. Sie lernen aber auch neue Kinder kennen, sie lernen, sich in einer Gruppe zu behaupten und sie lernen, einfache Anweisungen zu befolgen – etwas, was viele Kinder gar nicht mehr gewohnt sind. In der Spielgruppe können sich Kinder sehr gut auf den Kindergarten vorbereiten.

Neu sind die Spielgruppen auch der Ort, wo die Frühe Sprachförderung angeboten wird.

Spielgruppen sind freiwillige Angebote. Allerdings können sich nicht alle Familien in Oberwil den Besuch der Spielgruppe leisten. Gerade für die Kinder aus bildungsfernen Familien aber, die oft auch nur über ein niedriges Einkommen verfügen, wäre der Besuch der Spielgruppe äusserst wertvoll.

Warum braucht es aber eine sprachliche Förderung? Sie richtet sich in erster Linie an Kinder, die daheim kein Deutsch sprechen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass die körperliche, emotionale, kognitive und soziale Entwicklung in der frühen Kindheit die Schullaufbahn, den beruflichen Werdegang und damit auch das spätere Leben beeinflusst – und die Erkenntnis, dass die Sprache bei all dem eine Schlüsselrolle spielt.

Mehrsprachigkeit ist in unserer Gesellschaft schon lange normal. Sie ist auch kein Nachteil, sondern im Gegenteil eine Ressource für die Schule, für Beruf und Freizeit. Die Herkunftssprache (oder Muttersprache) ist wichtig, und je differenzierter Kinder diese daheim lernen, umso besser sind die Voraussetzungen für das Lernen einer zweiten Sprache. Ein ganz wichtiger Aspekt ist also Folgendes: Kinder, die zu Hause nicht deutsch sprechen, haben kein Defizit, keine Sprachstörung und keine Entwicklungsstörung.

Beim Spracherwerb spielen die ersten vier Lebensjahre eine ganz entscheidende Rolle. In dieser Zeit ist das kindliche Hirn noch sehr stark in der Entwicklung. Eine Sprache wird in dieser Zeit daher anders abgelegt, wie wenn wir uns in älteren Jahren mühsam eine zweite Sprache erarbeiten.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass Kinder, die vor dem Kindergarten nicht deutsch sprechen, gegenüber deutschsprechenden Kindern einen deutlichen und anhaltenden Nachteil in ihrer ganzen schulischen Laufbahn haben.

Auf Bundes- und Kantonebene sind Bestrebungen im Gang, die frühe Sprachförderung zu fördern und gesetzliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Das Leimental hat hier eine wichtige Vorreiterrolle. Aber auch in den Gemeinden Pratteln, Birsfelden, Reinach und anderen mehr wird die frühe Sprachförderung lanciert.

Bei der frühen Sprachförderung (FSF) lernen Spielgruppenleiterinnen und -leiter und das Fachpersonal Kinderbetreuung, wie man den Kindern mit speziell geschulter Wortwahl und Satzstellung die Sprache näherbringt. Es wäre illusorisch zu glauben, dass die Kinder nach einem Jahr deutsch können. Aber sie können die Kindergärtnerin verstehen, und sie verstehen vor

allem die anderen Kinder. In der folgenden Zeit lernen sie sehr viel schneller Deutsch.

Die FSF ist ein Projekt, das integrativ erfolgt; es ist also keine spezielle Schulform. Die Kinder lernen, weil sie neugierig sind – voneinander und von fachlich geschultem Personal. Die Kita- und Spielgruppenleiterinnen absolvieren dazu eigens eine Schulung. Inhaltlich geht es um Dinge, die Kinder interessieren, die sie im Alltag erleben; man spricht daher auch von der «alltagsintegrierten Sprachförderung». Eine grosse Rolle spielen dabei auch die anderen, deutschsprachigen Kinder: Kinder lernen vor allem auch voneinander, im gemeinsamen Spiel üben sie Kommunikation. Davon profitieren wiederum alle Kinder in der Gruppe – auch die, die schon Deutsch können.

Wie sieht es im Leimental aus? Auf Anregung der Gemeinde Binningen haben die Gemeinden Binningen, Biel-Benken, Bottmingen, Ettingen, Therwil und Oberwil das Projekt Frühe Sprachförderung lanciert und gemeinsam mit einem Beratungsbüro ein Konzept erarbeitet. Grundlage sind die bisherigen Ausführungen über die Sprachförderung.

Dass die Leimentaler Gemeinden bei der Sprachförderung regional zusammenarbeiten wollen, ist allen Gemeinden wichtig. Man weiss, dass Familien bei einem Wohnortswechsel oft im Tal bleiben. Hat ein Kind in Binningen bereits von der Sprachförderung profitiert, kommt das auch der Gemeinde Oberwil zugute, wenn es hierherzieht. Zudem können Synergien genutzt werden. Diesen Gedanken kennt man auch von anderen regionalen Projekten.

Die FSF ist ein Pilotprojekt, das über drei Jahre läuft. Im dritten Jahr soll eine Evaluation stattfinden und die Weiterführung geprüft werden.

Grundsätzliches Ziel ist es, den fremdsprachigen Kindern einen besseren Start in ihre schulische Laufbahn zu ermöglichen und damit die Chance auf eine gute, ihren intellektuellen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu erhöhen.

Umgesetzt wird die sprachliche Frühförderung in Spielgruppen, Kitas und in den Tagesfamilien.

Das Angebot ist für alle fremdsprachigen Kinder freiwillig. Die entsprechenden Familien werden angeschrieben oder von Kinderärzten, Mütter-Väter-Beratung, Nachbarn oder Sozialdienst auf das Angebot aufmerksam gemacht.

Die Kinder sollen an zwei Halbtagen eine Kita oder Spielgruppe besuchen; das genügt bereits, um eine Wirkung zu entfalten.

Im Leimental sind rund 100 Kinder pro Jahrgang betroffen. Aus Oberwil beteiligen sich aktuell fünf Institutionen und 24 Kinder.

Die sprachliche Frühförderung soll mit einkommens- und vermögensabhängigen Subventionen unterstützt werden.

Betreuungsfachpersonal und Spielgruppenleiterinnen, die sich mit ihrer Institution am Projekt beteiligen wollen, absolvieren eine entsprechende Ausbildung. In jeder Institution muss eine Person eine volle Ausbildung vorweisen; darüber hinaus sollen möglichst viele Personen das Basismodul besucht haben. Damit ist auch eine Qualitätssicherung gewährleistet.

Spielgruppen, Kitas und Tagesfamilien, die am Projekt mitwirken, bekommen für den Mehraufwand in Aus- und Weiterbildung, Elternarbeit, Vernetzungstreffen etc. einen Sockelbetrag von 1140 Franken jährlich.

Für die Information der Eltern und den Kontakt zu den Institutionen wurde eine gemeinsame Koordinationsstelle geschaffen; diese wird von allen Gemeinden gemeinsam finanziert.

Soweit zu den Grundlagen – jetzt aber zum eigentlichen Reglement und zur Revision: Der Paragraph 1 beinhaltet neu den Absatz 2, in dem es um die Förderung der sprachlichen und gesellschaftliche Integration der Kinder und um die Erhöhung der Chancengleichheit geht.

Folgende Angebote werden unterstützt:

- Tagesfamilien in anerkannten Organisationen. Diese Ergänzung ist ebenfalls neu: Es kann also nicht jemand das Nachbarskind hüten und dafür Subventionen verlangen
- Einrichtungen für Kinderbetreuung wie Kindertagesstätte oder die schulergänzenden Tagesstrukturen mit Mittagstisch. Diese können ortsungebunden gewählt werden. Auch diese Präzisierung ist neu.
- Ebenfalls neu: die Spielgruppen. Diese müssen regelmässig überprüft werden. Für die Subventionierung der Spielgruppen rechnet der Gemeinderat mit Mehrkosten von rund 30'000 Franken.

Die Gemeinde Oberwil leistet bei allen Angeboten eine Subjektfinanzierung. Das heisst, dass das Geld in der Regel an die Familien gezahlt wird und nicht an die Institutionen.

Der Gemeinderat hat bei der Überarbeitung an einem pragmatischen Tarifsystem mit zehn Abstufungen festgehalten. Die Beibehaltung dieses Systems hält auch den Aufwand auf Verwaltungsseite in Grenzen.

Der maximale Beitrag der Gemeinde liegt bei 90 Prozent. Nachdem es die Subventionierungen im Rahmen des FEB-Reglements bereits seit 20 Jahren gibt, wurden die Einkommensobergrenzen nun überprüft und nach oben angepasst. Zum einen hat man damit die Veränderung des Lohn- und Preisniveaus berücksichtigt, ausserdem hat sich der Gemeinderat damit an dem strategischen Ziel orientiert, dass Oberwil für Familien mit Kindern attraktiv sein soll. Für die Kosten der Verpflegung werden grundsätzlich keine Beiträge gezahlt.

Nach welchen Kriterien wird nun aber beurteilt, wer bezugsberechtigt ist? Die Basis bildet gemäss § 6 – Grundlagen zur Beitragsberechnung – das Einkommen der Erziehungsberechtigten gemäss Ziff. 399 der Steuerveranlagung. Dazugerechnet werden neu fünf Prozent des Vermögens gemäss Steuerveranlagung Ziff. 885. Personen, die Quellensteuern bezahlen und ein Einkommen unter 120'000 Franken haben, können einen Antrag auf finanzielle Unterstützung stellen – natürlich nur, wenn das Einkommen entsprechend dokumentiert ist. Vom Einkommen können lediglich Unterhaltsbeiträge an ehemalige Ehepartner und minderjährige Kinder abgezogen werden.

Gleich bleibt, dass bei einer massiven Verschiebung der Einkommenssituation ein unterjähriger Antrag auf Überprüfung der Einstufung gestellt werden kann.

Der § 7 – Anerkennung und Überprüfung der Spielgruppen – ist ganz neu und notwendig: Wenn Subventionen für den Besuch einer Spielgruppen gezahlt werden sollen, dann müssen diese Spielgruppen regelmässig überprüft werden. Das fordert der Kanton. Demnach werden alle Betreuungsangebote, die im FEB-Gesetz aufgelistet sind, vom Kanton regelmässig überprüft und bekommen – sofern sie alle Kriterien erfüllen – eine Betriebsbewilligung. Davon sind zum Beispiel auch die schulischen 666 PAVO, die Pflegekinderverordnung des Bundes.

Bei den Spielgruppen ist etwas anders. Hier hat der Kanton die Überprüfung an die Gemeinden delegiert. Aber auch hier bildet das PAVO die gesetzliche Grundlage.

Die einzelnen Kriterien wird die Gemeinde im Anschluss an die Gemeindeversammlung noch erarbeiten. Wer sich an der Frühen Sprachförderung beteiligen will, wird sicher ein Konzept vorlegen müssen. In diesem Zusammenhang ist es der Gemeinde sehr wichtig, dass der Aufwand für die Spielgruppen- und Kitabetreiberinnen nicht zu gross ist. Auch bekommen sie Unterstützung beim Erarbeiten des Konzeptes. Klar ist aber nun einmal: Wer Kinder betreut, der muss auch Qualität vorweisen.

§ 9 stellt sicher, dass unrechtmässig von der Gemeinde bezogene Gelder zurückgezahlt werden müssen.

§ 10 stellt sicher, dass ein Datentransfer zwischen Gemeindeverwaltung und den Beitragsberechtigten sichergestellt ist.

§ 11 hält eine bereits gängige Praxis fest: Der Gemeinde steht frei, im Sinne einer sogenannten Objektfinanzierung auch Beiträge an einzelne Institutionen auszurichten. Grundsätzlich gibt es ja eine Subjektfinanzierung: Das Geld fliesst an die einzelnen Familien. Aber es kann eben auch nötig sein, das Geld an die Institutionen zu zahlen. Solche Umstände gab es gerade während der Coronazeit, in der einzelne Institutionen ans Limit gekommen sind.

Zudem wird sichergestellt, dass die Gemeinde Verträge mit Dritten abschliessen kann. So wäre es zum Beispiel möglich, den Mittagstisch auszulagern.

Neu gibt es eine Verordnung zum Reglement, die die Ausführungsbestimmungen festlegt. Die Tabelle, in der die Tarifstufen festgelegt sind, gehört als Anhang zur Verordnung.

Bestimmung der Tarifstufe:

Tarifstufe	Jahreseinkommen bis			
	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder u. mehr
9	40'000	50'000	60'000	70'000
8	50'000	60'000	70'000	80'000
7	60'000	70'000	80'000	90'000
6	70'000	80'000	90'000	100'000
5	80'000	90'000	100'000	110'000
4	90'000	100'000	110'000	120'000
3	100'000	110'000	120'000	130'000
2	105'000	115'000	125'000	135'000
1	110'000	120'000	130'000	140'000
0	über 110'000	über 120'000	über 130'000	über 140'000

Für die Gemeindekommission informiert Ruth Wittlin. Gemeinderätin Regula Messerli hat der Kommission das Reglement bei der Gemeindekommissionssitzung vom 9. September sehr ausführlich vorgestellt. Fragen gab es vor allem zu den Kosten und zur Rückerstattung bei einem allfälligen Missbrauch. Das Anliegen der FEB ist in der Gemeindekommission unbestritten. Sie empfiehlt einstimmig, dem FEB-Reglement zuzustimmen.

Eintretensdiskussion

Es gibt kein Wortbegehren, so dass in das Geschäft eingetreten werden kann.

Diskussion

Es gibt keine Fragen und Wortbegehren.

ABSTIMMUNG

Mit grossem Mehr gegen eine Stimme wird beschlossen:

**://: DER TOTALREVISION DES REGLEMENTS ÜBER DIE FAMILI-
ENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG WIRD ZUGESTIMMT.**

Traktandum 4: Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser informiert zum Thema:

13

Erweiterung des Jugendhauses

Der Presse war zu entnehmen, dass die Gemeinde die räumliche Erweiterung des Jugendhauses plant; das Baugesuch für den Anbau wurde bereits gestellt. Die Gemeinde wurde daraufhin von Bürgern angefragt, wann das Thema denn in der Gemeindeversammlung behandelt wird? Dazu erklärt der Gemeindepräsident, dass der Anbau in der Investitionsrechnung des Budgets 2020 aufgeführt ist. Da der Betrag innerhalb der Kompetenz des Gemeinderates liegt, wurde das Projekt lanciert und ausgeführt. Die Verwaltung geht davon aus, dass es im November aufgestellt wird, so dass der Erweiterungsbau im Januar in Betrieb gehen kann – pünktlich zum 20-jährigen Jubiläum der Jugendarbeit. Dann wird auch eine Begehung möglich sein. Der neue Raum wird eine Grösse von etwa 85 Quadratmetern haben. Ausgeführt wird er als Holzbaukonstruktion, so dass man den Bau nötigenfalls also auch an einen anderen Standort umziehen kann.

Gemeindepräsident Hanspeter Ryser informiert zum Thema:

14

Neues Gemeindehaus / «Däge-Lädeli»

Die Realisierung des neuen Gemeindehauses schreitet planmässig voran. Inzwischen sind die Profile gestellt, im Moment läuft das Baubewilligungsverfahren. Eine brandneue Information gibt es indes mit Blick auf das Gebäude nebenan – den «Chäs-Chäller» respektive das «Däge-Lädeli». Geplant war ursprünglich, dass das Gebäude im gleichen Zeitraum wie das Gemeindehaus mit einer neuen Nutzung wiedereröffnet. Das allerdings ist nicht so einfach. Die Idee ist eigentlich, dass die neue Nutzung dem Betreiber ein Auskommen garantiert und der Gemeinde einen Pachtzins einbringt. Um hier das richtige Konzept zu finden, wird die Gemeinde einen Wettbewerb veranstalten, bei dem sich Interessenten mit einem Konzept bewerben können. Gewünscht ist eine Nutzung, die tagsüber und abends stattfindet, denn das Dorf soll ja belebt werden.

Traktandum 5: Diverses

15

Therese Portugal stellt mit Blick auf die Profile des neuen Gemeindehauses fest, dass das Gebäude doch recht gross wird. Vor dem Hintergrund des in der Corona-Zeit verstärkten Trends zum Homeoffice fragt sie sich, ob man solch riesige Räumlichkeiten überhaupt noch braucht? Noch dazu, wo doch ein weiterer Trend in Richtung E-Government geht – zur Idee also, dass künftig die meisten Gemeindeangelegenheiten online erledigt werden können. Therese Portugal fragt nun, ob vor diesem Hintergrund vielleicht daran gedacht wurde, das Projekt zu redimensionieren?

Hanspeter Ryser erklärt, dass es tatsächlich auch schon vor Corona entsprechende Überlegungen gab, denn Homeoffice war auch vorher schon ein Thema. Allerdings hat gerade die Corona-Zeit auch gezeigt, dass Homeoffice für die allgemeine Verwaltung nur bedingt durchführbar ist. Auch ist es so, dass der Bedarf der Bevölkerung an Leistungen der Gemeinde wächst. Die geplanten Raumkapazitäten sind also durchaus nötig, eine Redimensionierung ist nicht möglich.

16

Martin Leidreiter hat der Zeitung entnommen, dass die Erweiterung des Jugendhauses auf eine Forderung der Jugend zurückgeht. Er fragt nun, was denn die Gemeinde ihrerseits von der Jugend fordert, dafür, dass sie ihr den Raum zu Verfügung stellt.

Hanspeter Ryser antwortet, dass die primäre Forderung ist, dass die Jugend den Raum auch nutzt.

Gemeinderätin Regula Messerli weist ergänzend darauf hin, dass der aktuelle Raum fraglos zu klein ist. Die Jugendarbeit braucht schon lange andere Räumlichkeiten.

Hanspeter Ryser erinnert daran, dass die Bedarfsabklärung in dieser Angelegenheit schon längst geschehen ist. Schon in Zusammenhang mit dem Eisweiherprojekt wollte man das Jugendhaus erweitern. Bis man dort allerdings zu einer Lösung kommt, wird es doch noch einige Jahre dauern. Daher hat man beschlossen, für das Jugendhaus eine provisorische Lösung zu suchen, um die Begehrlichkeiten der Jugendlichen zeitnah aufzufangen. Aus Kostengründen hat die Gemeinde bei der Planung darauf geachtet, dass man dieses Provisorium auch wieder demontieren kann, wenn es nicht mehr benötigt wird.

Gemeinderätin Regula Messerli erklärt, dass es junge Mitbürger selbst wa-

ren, die hier die Initiative ergriffen und sich mit ihrem Anliegen schriftlich und auch persönlich an den Gemeinderat gewandt haben. Ein solches Engagement ist in den Augen von Regula Messerli doch bemerkenswert und zeigt die Dringlichkeit des Anliegens.

Martin Leidreiter will nicht bestreiten, dass das jetzige Häuschen relativ klein ist. Er wendet sich daher keineswegs gegen die Erweiterung selbst. Allerdings treibt ihn doch die Frage um, welchen Beitrag die Jungen an das Jugendhaus bringen, wenn der Raum erst einmal steht. Müssen dann immer noch die Gemeindearbeiter dort aufräumen, oder beteiligten sich die Jugendlichen daran, ihr Umfeld in Ordnung zu halten? Dass die Jungen sich einbringen und Initiative ergreifen, ist gut und recht. Trotzdem hätte Martin Leidreiter darüber hinaus gerne eine Gegenleistung der Jugendlichen an die Gemeinde, damit sie begreifen, dass man nicht irgendwo eine Tür aufmacht und dann fällt Geld heraus.

Regula Messerli versichert, dass die Jugendlichen das wissen. Sie erklärt auch, dass eine differenzierte Betrachtung notwendig ist: Während der offiziellen Öffnungszeiten des Jugendhauses sind Jugendarbeiter anwesend, die ein Auge auf die Besucher haben und ihnen genau die von Leidreiter geforderte Wertschätzung, das Ordnungshalten und das Verantwortungsbewusstsein vermitteln. Diejenigen, die nachts dort feiern, sind andere, die eben nicht in der Jugendarbeit betreut sind.

Martin Leidreiter erklärt, dass er in diesem Zusammenhang durchaus auch schon Besucher des Jugendhauses gesehen hat. Aber das Thema soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden.

Martin Leidreiter hat eine Anmerkung mit Blick auf den im Quartier Lange-gasse geplanten Werkhof und den unlängst abgelehnten Bau der Langmattstrasse. Diese ist unter anderem mit dem Argument abgelehnt worden, dass die Natur erhalten bleiben soll; untermalt wurde dieses Argument mit wunderschönen Naturbildchen. Martin Leidreiter bezweifelt, dass der Bau des neuen Werkhofes sich mit diesem Argument verträgt und lädt alle ein, den Vergleich zu ziehen, wenn der Werkhof erst einmal steht. Auch will er keinen hören, der gegen den Bau der Langmattstrasse gestimmt hat und sich dann aber womöglich über das erhöhte Verkehrsaufkommen beschwert, wenn sich die Werkhof-Fahrzeuge ihren Weg durch die kleinen Strässchen des Quartiers suchen müssen.

Hanspeter Ryser stellt fest, dass das diese Ausführungen ein Statement und keine Frage waren.

In Reaktion auf die Anmerkungen ihres Vorredners zum Thema Jugend meldet sich Birgit Herbst für die Jugendkommission Oberwil zu Wort. Sie verweist darauf, dass Oberwil sehr engagierte Jugendliche hat, ein sehr aktives Vereinsleben und eine aktive Jugendarbeit – und vergleichsweise wenig Probleme mit Jugendlichen. Das Bedürfnis nach mehr Platz haben die Jugendlichen seit Jahren sehr klar formuliert und sie haben sich aktiv dafür eingesetzt – etwa, indem sie an einem öffentlichen Anlass in Zusammenhang mit der öffentlichen Entwicklungsstrategie teilgenommen haben.

18

Hanspeter Ryser stellt wiederum fest, dass diese Ausführungen ein Statement und keine Frage waren.

Der Gemeindepräsident dankt allen für das Erscheinen. Einen Apéro wird es auch heute nicht geben; das ist keine Spar-, sondern eine Corona-Massnahme. Er bittet die Anwesenden, den Raum sektorenweise zu verlassen.

ENDE DER VERSAMMLUNG UM 20.57 UHR

Die Richtigkeit des Protokolls bestätigen

GEMEINDERAT OBERWIL

Hanspeter Ryser
Gemeindepräsident

André Schmassmann
Leiter Gemeindeverwaltung